



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 20.02.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 23. Februar 2026

Fokusthema: **Polizeigesetz**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt von drei neuen Ratsmitgliedern und der Wahl eines neuen Kommissionsmitglieds 11 Vorstösse behandeln, die als Entgegennahme traktandiert sind. Anschliessend stehen eine längere Debatte zu einer Änderung des Polizeigesetzes und die Behandlung einer PI zu Zusatzleistungen an. Voraussichtlich in der Nachmittagssitzung wird der Rat über die vorläufige Unterstützung von zwei Behörden- und zwei Einzelinitiativen entscheiden. In der verbleibenden Zeit, wird der Rat über verschiedene Vorstösse diskutieren, welche der Regierungsrat entgegennehmen wollte, die aufgrund von Opposition im Rat jedoch auf der Traktandenliste verblieben sind.

Regierungsrat will 4 Motionen und 7 Postulate entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat 11 Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereiterklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden.

Der thematische Schwerpunkt dieser Vorstösse ist der Umgang mit der Künstlichen Intelligenz (KI) in der Verwaltung. SP-Kantonsrätin Leandra Columberg verlangt mit der Motion betreffend «Kennzeichnungspflicht für KI-gestützte staatliche Entscheide» gesetzliche Grundlagen, die sicherstellen, dass staatliche Entscheide, die ganz oder teilweise auf Künstlicher Intelligenz basieren, entsprechend gekennzeichnet werden ([KR-Nr. 314/2025](#)). SP-Kantonsrat Felix Hoesch möchte mit dem Postulat betreffend «KI in Verwaltung nur mit Open Source und Open Government Data» den Regierungsrat einladen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass KI-basierte Anwendungen und Algorithmische Entscheidungssysteme (AES), welche die Zürcher Verwaltung regelmässig nutzt, Open-Source werden ([KR-Nr. 315/2025](#)). SP-Kantonsrätin Birgit Tognella-Geertsen will mit dem Postulat betreffend «Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Personalsuche in der Verwaltung – Transparenz, Fairness und Datenschutz sicherstellen» die Regierung beauftragen, über den Einsatz von KI und weiterer Softwarelösungen im Bewerbungs- und Auswahlverfahren für das Staatspersonal des Kantons Bericht zu erstatten ([KR-Nr. 322/2025](#)). SP-Kantonsrätin Marion Schmid möchte mit dem Postulat betreffend «Strategie zur Nutzung von KI im Gesundheitswesen» den Regierungsrat beauftragen, eine Strategie zu erarbeiten, die definiert, wie die Chancen von KI im Gesundheitswesen für die Verbesserung der Patientenversorgung und für Prozessoptimierungen genutzt werden kann und welche Restriktionen erforderlich sind, um die Risiken zu minimieren ([KR-Nr. 323/2025](#)). SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig will mit dem Postulat betreffend «Barrierefreiheit durch KI in kantonalen Dienstleistungen», dass der Regierungsrat prüft, wie in den Online- und Telefon-Dienstleistungen des Kantons Spracherkennung und -synthese auf KI-Basis eingesetzt werden können, um Menschen mit Seh- oder Hör-Behinderungen zu unterstützen ([KR-Nr. 324/2025](#)). SP-Kantonsrätin Leandra Columberg möchte mit dem Postulat betreffend «Kantonale KI-Governance» die Regierung beauftragen, eine Governance für den Einsatz von KI-Systemen für den Kanton zu erarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen ([KR-Nr. 325/2025](#)). GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig verlangt mit der Motion betreffend «Grundlagen zur Umsetzung von CO₂-Abscheidung und Negativemissionstechnologien für die Zürcher KVA», die notwendigen gesetzlichen, finanziellen und verwaltungstechnischen Grundlagen auszuarbeiten, damit alle Kehrrichtverwertungsanlagen (KVA) die vollständige

Abscheidung und langfristige Speicherung von CO₂ realisieren können ([KR-Nr. 348/2025](#)). Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, verlangt mit der Motion betreffend «Förderung von Carbon Capture and Storage CCS» gesetzliche Grundlagen für eine kontinuierliche Finanzierung von Carbon Capture and Storage CCS im Kanton zu schaffen ([KR-Nr. 349/2025](#)). FDP-Kantonsrätin Doris Meier möchte mit dem Postulat betreffend «Gemeinnützigkeit und politische Tätigkeit – Klärung der steuerlichen Abgrenzung im Kanton Zürich» den Regierungsrat einladen, in einem Bericht darzulegen, nach welchen Kriterien das kantonale Steueramt die Gemeinnützigkeit von Organisationen beurteilt, insbesondere wenn diese neben gemeinnützigen auch wirtschaftliche oder politische Aktivitäten ausüben ([KR-Nr. 359/2025](#)). FDP-Kantonsrat Michael Biber verlangt mit der Motion betreffend «Automatisierte Prüfung und Veranlagung im Steuerwesen» gesetzliche Grundlagen, um eine automatisierte Prüfung und Veranlagung im Steuerwesen mit Hilfe von algorithmischen Entscheidungssystemen zu ermöglichen, ohne dabei eine rechtliche Grundlage für Profiling zu schaffen ([KR-Nr. 380/2025](#)). Und SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh will mit dem Postulat betreffend «Revision Archivgesetz: Moderne Governance und gleich lange Spiesse für alle Archivdienstleister», dass geprüft wird, wie die Zielsetzungen der Revision des Archivgesetzes um die Regelungsschwerpunkte Governance und gleicher Marktzugang für private Archivdienstleister ergänzt werden kann ([KR-Nr. 399/2025](#)).

Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47
Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92
Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich), 079 233 25 67
Marion Schmid (SP, Zürich), 079 601 68 01
Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67
Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49
Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41
Doris Meier, (FDP, Bassersdorf), 079 646 03 92
Michael Biber (FDP, Bachenbülach), 044 864 34 85
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Zeitgemässe Mittel für die Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung

Eine längere Debatte ist zu verschiedenen Änderungen des Polizeigesetzes in Bezug auf die Datenbearbeitung zu erwarten. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, der Revision zuzustimmen ([5977](#)). Mit den Änderungen würden Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch unter den Polizeikörpern und mit Partnerorganisationen geschaffen, um verschiedene Deliktsarten, insbesondere im Bereich der seriellen Kriminalität, effektiv und effizient bekämpfen zu können. Von besonderer Bedeutung ist der Datenaustausch bei der Deliktprävention, namentlich bei der Abwehr von Straftaten mit extremistischem Hintergrund und der Verhinderung von Terroranschlägen. Der Strassenverkehr soll für polizeiliche Zwecke mit Videogeräten überwacht werden können. Für das Verkehrsmanagement, die Ereignisbewältigung nach Verkehrsunfällen und die Verbesserung der Strasseninfrastruktur sowie der Verkehrssicherheit erfolgt dies generell mit unscharfen Bildern. Bestehen ernsthafte Anzeichen für eine Gefahr von Personen oder Sachen, soll die Polizei die Aufzeichnungen für die notwendige Zeitspanne im Ausnahmefall in hochauflösender Weise auswerten können, so dass auch Personen, Fahrzeuge und Kontrollschilder identifiziert werden können. Der Zugriff auf die Bilder ist nur während 72 Stunden nach der Aufnahme möglich. Neu geregelt werden soll auch die Informationsbeschaffung im virtuellen Raum. Dabei geht es vor allem um die Verhinderung von Delikten. Die Polizei soll mit Genehmigung des Zwangsmassnahmengerichts im Internet auch in geschlossenen Foren ermitteln können. Wenn ernsthafte Anzeichen für ein Verbrechen vorhanden sind oder eine Gefahr für das Leben einer Person besteht, soll die Polizei unter gewissen Voraussetzungen besondere Personendaten neu auch mit KI bearbeiten können.

Die Kommissionsmehrheit begrüsst die Anpassung des Polizeigesetzes. Diese gebe der Polizei die Mittel, in Ausnahmefällen auch präventiv eine Strafverfolgung aufzunehmen. Dass die Vorlage in einem gewissen Spannungsfeld steht, ist der KJS-Mehrheit bewusst. Es gelte, die Ausstattung der Polizei mit zeitgemässen Mitteln und entsprechenden Kompetenzen gegenüber den schützenswerten Persönlichkeitsrechten sehr sorgsam abzuwägen. Nach Ansicht der Mehrheit sind mit der

vorgeschlagenen Lösung beide Interessen in angemessener Weise berücksichtigt. Eine höhere Gewichtung der Grundrechte würde indes ab einem gewissen Punkt zu einem Täterschutz. Anders sieht das die Kommissionsminderheit (SP, Grüne, AL). Sie macht schwerwiegende grund- und datenschutzrechtliche Mängel geltend, die sie mit entsprechenden Anträgen beheben will. Die Überwachungs- und Datenbearbeitungsbefugnisse der Polizei im präventiven Bereich gehen der Minderheit zu weit. Die Grenzen staatlicher Überwachung würden ohne nachweislichen Sicherheitsgewinn zulasten der Grundrechte verschoben. Die Minderheit hat deshalb angekündigt, die Vorlage abzulehnen, sollte ihren Anträgen nicht zugestimmt werden.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit: Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47

Informationen über Zusatzleistungen sollen nicht ausgeweitet werden

Gemeinden und die Sozialversicherungsanstalt (SVA) sollen Personen, die Anspruch auf Zusatzleistungen haben, von Amtes wegen ein Antragsformular zustellen. Dies verlangt Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma mit der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Gezielter über den Anspruch auf Zusatzleistungen informieren». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 143/2024](#)). Die Kommissionsmehrheit ist zum Schluss gekommen, dass die PI aufgrund vielseitiger Informationen nicht nötig und zudem nicht umsetzbar ist. Eine Kommissionsminderheit anerkennt zwar die Mängel der PI, ist aber der Meinung, dass die Verbreitung von Informationen noch intensiviert und die Ausführungen zur Anspruchsberechtigung gerade für ältere Personen noch adressatengerechter aufbereitet werden könnten.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Initiativen zu Wohnungsbau, Prämienverbilligung, Gesichtserkennung und Jodeldirigenten

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird – was selten der Fall ist. Überwindet eine EI diese Hürde, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Erfahrungsgemäss bessere Chancen, im Rat Gehör zu finden, haben Behördeninitiativen (BI). Der Gemeinderat von Zürich fordert mit der BI betreffend «Für eine wirksame Förderung des sozialen Wohnungsbaus», dass die Obergrenze für ausstehende Darlehen des Kantons von 180 Millionen Franken auf 360 Millionen Franken erhöht werden soll ([KR-Nr. 327/2025](#)). Eine Person aus Uster will mit der EI betreffend «Präzisierung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz betr. SVA», dass die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA) allen Personen, die Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung (IPV) haben, zwingend ein Antragsformular auf Papier zustellen muss ([KR-Nr. 343/2025](#)). Das Stadtparlament Winterthur fordert mit der BI betreffend «Verbot biometrischer Gesichtserkennung», dass biometrische Gesichtserkennung an allen öffentlich zugänglichen Orten verboten wird ([KR-Nr. 330/2025](#)). Und eine Person aus Bülach verlangt mit der EI betreffend «Ausbildung von Jodeldirigenten und Dirigentinnen», dass der Kanton Zürich an einem seiner Bildungsinstitutionen Jodeln als Hauptfach anbieten und den Schwerpunkt auf die Dirigentenausbildung legen soll ([KR-Nr. 362/2025](#)).

Vorstösse zu Datenschutz, Entflechtung von Staatsaufgaben und Unterschriftensammlungen

Sollte noch Zeit verbleiben, wird der Rat am Montagabend über verschiedene Vorstösse diskutieren, welche der Regierungsrat entgegennehmen wollte, die aufgrund von Opposition im Rat jedoch auf der Traktandenliste verblieben sind. GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig möchte, dass die Praxis der Gemeinden bei der Herausgabe von Adressdaten von Personengruppen an Private für ideelle Zwecke überprüft wird ([KR-Nr. 196/2024](#)). FDP-Kantonsrat Simon Vlk bittet den Regierungsrat eine Regelung auszuarbeiten, welche es ermöglicht, dass künftig auch Gartenpergolen bis zu einer Grösse

von 16m² keiner Baubewilligung oder Meldepflicht mehr bedürfen ([KR-Nr. 235/2024](#)). Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, möchte den Regierungsrat beauftragen, die bestehenden Pilotprojekte zum Thema «Soziale Arbeit in Arztpraxen» zu evaluieren und entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten inkl. Finanzierungsvarianten innerhalb des Kantons Zürich zu prüfen ([KR-Nr. 249/2024](#)). Und Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, fordert, das bezahlte Sammeln von Unterschriften im Kanton Zürich zu verbieten ([KR-Nr. 288/2024](#)).

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49
Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76
Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56
Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag in Traktandum 17 die Abrechnung des Verpflichtungskredits betreffend Verein Zürich Tourismus (Staatsbeitrag infolge Covid-19-Pandemie) ([5664](#)).

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung steht der Eintritt von drei neuen Mitgliedern des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Beatrix Stüssi wird der 26-jährige Datenanalyst Nick Glättli (SP, Niederweningen) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 46/2026). Für Stefan Feldmann kommt der 46-jährige Architekt Ivo Hasler (SP, Dübendorf) (KR-Nr. 44/2026). Und die Betriebswirtschaftsstudentin Nadja Wirth (Grüne, Pfäffikon) ersetzt Urs Dietschi und ist mit ihren 22 Jahren neu das jüngste Mitglied des Rates (KR-Nr. 45/2026). Anschliessend steht die Wahl eines Mitglieds der KJS an. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Luisa Schwegler (SP, Zürich) als Nachfolgerin von Beatrix Stüssi vor ([KR-Nr. 8/2026](#)). Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12